

Postulat über die Streichung sämtlicher Leistungen an illegal anwesenden Ausländern behilfliche Organisationen

eröffnet am 9. November 2010

Der Regierungsrat wird aufgefordert, die Zusammenarbeit mit allen Organisationen, Hilfswerken, Verbänden und Firmen, welche den Aufenthalt illegal anwesender Ausländer erleichtern, aufzukünden und sämtliche Leistungen einzustellen.

Es sind dies insbesondere Organisationen, welche in ihren Broschüren und auf ihren Websites aktiv für ihre Dienstleistungsangebote, welche über den Legalitätsstatus hinausgehen, werben.

Konkretes Beispiel anhand der Gewerkschaft Unia: Diese Organisation gibt Ratgeber heraus, die den Aufenthalt illegal anwesender Ausländer erleichtern sollen.

Sämtliche im Asyl- und Flüchtlingsbereich gesprochenen Staatsbeiträge sollen entsprechend überprüft werden. Gegebenenfalls sind die gesprochenen Beiträge sofort zu künden und strafrechtliche Verfolgungen einzuleiten.

Begründung:

Offensichtlich halten sich im Kanton Luzern je nach Quelle und Schätzung mehrere Tausend illegal in die Schweiz Eingereiste, nicht zurückgewiesene ausländische Staatsangehörige auf. Klar ist, dass diese durch ein Netzwerk von Organisationen, Firmen und Personen mit Dienstleistungen unterstützt werden.

Zur Sicherstellung keinerlei staatlicher Unterstützung dieses illegalen Treibens ist jegliche Form der Zusammenarbeit mit Institutionen im Asyl- und Flüchtlingsbereich zu streichen, welche nicht einwandfrei belegen können, dass sie den Aufenthalt illegal anwesender Personen dienstleisten beziehungsweise erleichtern.

Britschgi Nadia

Omlin Marcel

Müller Guido

Thalman-Bieri Vroni

Dahinden Erwin

Habermacher Roland

Winiker Paul

Bucher Hanspeter

Luternauer Guido

Keller Daniel

Müller Pius

Hartmann Armin

Dickerhof Urs

Bachmann Moritz

Hermetschweiler Rolf

Roos Josef

Graber Toni

Zwimpfer Fredy

Vonarburg Roland

Muff Irene

Odermatt Markus

Kunz Benjamin

Furrer Sepp